

No. 35484

**Germany
and
Chile**

Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Chile concerning maritime transport. Bonn, 15 March 1995

Entry into force: *2 September 1997 by notification, in accordance with article 16*

Authentic texts: *German and Spanish*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Germany, 22 February 1999*

**Allemagne
et
Chili**

Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République du Chili relatif au transport maritime. Bonn, 15 mars 1995

Entrée en vigueur : *2 septembre 1997 par notification, conformément à l'article 16*

Textes authentiques : *allemand et espagnol*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Allemagne, 22 février 1999*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Chile
über die Seeschifffahrt

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Chile –

in dem Wunsch, die harmonische Entwicklung der Seeschiff-
fahrtsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Chile zu fördern und auf der Grundlage der
beiderseitigen Interessen dieser Länder und der Freiheit des
Außenhandels, und

in dem Wunsch, die internationale Kooperation in diesem Be-
reich soweit wie möglich zu verstärken,

in der Erkenntnis, daß der bilaterale Warenaustausch von
einem wirksamen Dienstleistungsaustausch begleitet werden
soll –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

In diesem Abkommen bezeichnet

1. der Ausdruck „zuständige Seeschiffahrtsbehörde“
 - a) in der Bundesrepublik Deutschland das Bundesmini-
sterium für Verkehr und die ihm nachgeordneten Behörden,
 - b) in der Republik Chile das Ministerium für Transport und
Telekommunikation;
2. der Ausdruck „Schiffe einer Vertragspartei“ jedes Schiff, das
nach den Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei ihre Flagge
führt und gemäß ihren Gesetzen in ein Register eingetragen
ist. Dieser Ausdruck umfaßt nicht Kriegsschiffe und Fischerei-
fahrzeuge. Im Hinblick auf die Anwendung der Artikel 2, 5, 8,
9, 10, 12, 13, 14 und 15 gilt als „Schiffe einer Vertragspartei“
auch jedes Schiff unter der Flagge eines dritten Staates, das
von einem Seeschiffahrtsunternehmen einer der Vertragspar-
teien eingesetzt wird;
3. der Ausdruck „Seeschiffahrtsunternehmen einer Vertrags-
partei“ ein Seeschiffe einsetzendes Beförderungsunter-
nehmen, das seinen Firmensitz sowie seinen tatsächlichen
wirtschaftlichen Tätigkeitsbereich im Hoheitsgebiet dieser Ver-
tragspartei hat und von ihr nach Maßgabe ihrer Rechtsvor-
schriften als „Seeschiffahrtsunternehmen“ anerkannt ist;
4. der Ausdruck „Besatzungsmitglied“ den Kapitän und jede wei-
tere Person, die während der Reise Aufgaben oder Dienste an

Bord wahrzunehmen hat und deren Name in der Musterrolle des Schiffes aufgeführt ist.

Artikel 2

Freiheit des Verkehrs

(1) Die Vertragsparteien kommen überein, die Entwicklung des Seeverkehrs zwischen ihren beiden Ländern nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit zu fördern. Sie werden sich jeglicher Maßnahmen enthalten, die dem ungehinderten internationalen Seeverkehr sowie der uneingeschränkten Beteiligung der Seeschiffsverkehrsunternehmen der beiden Vertragsparteien an der Beförderung der im Rahmen ihres bilateralen Außenhandels ausgetauschten Güter sowie am Seeverkehr zwischen ihrem jeweiligen Land und Drittländern abträglich sein könnte.

(2) Die Schiffe jeder Vertragspartei sind berechtigt, zwischen den dem internationalen Handelsverkehr geöffneten Häfen der beiden Vertragsparteien zu fahren zu dem Zweck, Fahrgäste und Güter zwischen diesen Häfen zu befördern, sowie auch zwischen diesen Häfen und den Häfen von Drittländern.

(3) Seeschiffsverkehrsunternehmen aus Drittländern sowie Schiffe unter der Flagge eines Drittstaats können sich ohne Einschränkung an der Beförderung der im Rahmen des bilateralen Außenhandels der Vertragsparteien ausgetauschten Güter beteiligen. Die von Seeschiffsverkehrsunternehmen der Vertragsparteien befrachteten Schiffe genießen dieselben Vergünstigungen, wie wenn sie die Flagge einer Vertragspartei führten.

Artikel 3

Internationale Verpflichtungen

(1) Dieses Abkommen berührt nicht die Verpflichtungen aus anderen internationalen Übereinkünften, welche die Vertragsparteien geschlossen haben.

(2) Die Vertragsparteien sind entschlossen, alle einschlägigen Übereinkünfte über die Schiffssicherheit, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Seeleute, über den Transport gefährlicher Güter und über den Meeresumweltschutz zu ratifizieren.

Artikel 4

Nichtdiskriminierung des Seeschiffsverkehrsunternehmens

Jede Vertragspartei unterläßt im internationalen Seeverkehr diskriminierende Handlungen jeder Art, die zu einer Benachteiligung der Seeschiffsverkehrsinteressen der anderen Vertragspartei führen oder die freie Auswahl des Seeschiffsverkehrsunternehmens entgegen den Grundsätzen des freien Wettbewerbs beeinträchtigen könnten.

Artikel 5

Regelungen in den Häfen und Hoheitsgewässern

(1) Jede Vertragspartei gewährt auf der Grundlage der Gegenseitigkeit in ihren Häfen, Hoheitsgewässern und anderen ihrer Zuständigkeit unterliegenden Gewässern den Schiffen der anderen Vertragspartei die gleiche Behandlung wie ihren eigenen im internationalen Verkehr eingesetzten Schiffen, insbesondere beim Zugang zu den Häfen, beim Aufenthalt in den Häfen und beim Verlassen der Häfen, bei der Benutzung der Hafenanlagen für den Güter- und Passagierverkehr sowie beim Zugang zu allen Dienstleistungen und anderen Einrichtungen.

(2) Die in Absatz 1 erwähnte Gegenseitigkeit erstreckt sich auch auf das Recht der Seeschiffsverkehrsunternehmen beider Vertragsparteien auf Ausübung von Agenturleistungen entsprechend den Gesetzen, die im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gelten.

Artikel 6

Freier Transfer

Jede Vertragspartei gewährt den Seeschiffsverkehrsunternehmen der anderen Vertragspartei das Recht, Einnahmen aus Dienstleistungen der Seeschiffahrt im Hoheitsgebiet der ersten Vertragspartei für Zahlungen im Zusammenhang mit der Schiffahrt zu verwenden oder sie in frei konvertierbarer Währung ins Ausland zu transferieren. Der Transfer soll auf der Grundlage des amtlichen Wechselkurses und innerhalb der üblichen Frist vorgenommen werden.

Artikel 7

**Vom Anwendungsbereich dieses Abkommens
ausgeschlossene Bereiche**

Dieses Abkommen berührt nicht die geltenden Rechtsvorschriften der Vertragsparteien über

- a) das Vorrecht der eigenen Flagge für die nationale Küstenschiffahrt, Bergungs-, Bugsier-, Lots- und andere Dienste, die den eigenen Seeschiffsverkehrs- oder sonstigen Unternehmen sowie Staatsangehörigen vorbehalten sind; es handelt sich jedoch nicht um Küstenschiffahrt, wenn ein Schiff einer Vertragspartei zwischen Häfen der anderen Vertragspartei fährt, um aus einem Drittland beförderte Güter und Fahrgäste zu löschen beziehungsweise auszuschiffen oder Güter und Fahrgäste zur Beförderung in ein Drittland an Bord zu nehmen;
- b) die Lotsenannahmepflicht für Schiffe;
- c) Fahrzeuge, die Aufgaben des öffentlichen Dienstes wahrnehmen;
- d) Aktivitäten im Rahmen der Meeresforschung;
- e) das Vorrecht der Seevermessung in den eigenen Hoheitsgewässern.

Artikel 8

**Beachtung der Rechtsvorschriften
der anderen Vertragspartei
in deren Hoheitsgebiet**

(1) Die Schiffe jeder Vertragspartei sowie die Schiffe der Seeschiffsverkehrsunternehmen jeder Vertragspartei unterliegen, solange sie sich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei befinden, deren geltenden Gesetzen und sonstigen Rechtsvorschriften. Dies gilt insbesondere für die Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften über das Ein- und Auslaufen der im internationalen Seeverkehr eingesetzten Schiffe in ihr oder aus ihrem Hoheitsgebiet sowie über den Betrieb und die Führung solcher Schiffe.

(2) Fahrgäste, Besatzungsmitglieder und Versender von Gütern müssen die im Hoheitsgebiet jeder Vertragspartei geltenden Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften über die Einreise, den Aufenthalt und die Ausräufung der Fahrgäste und Besatzungen sowie die Einfuhr, die Ausfuhr und die Lagerung von Gütern, insbesondere die Vorschriften über Landgangformalitäten, Einwanderung, Zoll, Steuern und Quarantäne, einhalten.

Artikel 9

**Maßnahmen
zur Erleichterung des Seeverkehrs**

Die Vertragsparteien ergreifen im Rahmen ihrer Gesetze und Hafenordnungen alle erforderlichen Maßnahmen, um die Beförderung auf dem Seeweg zu erleichtern und zu fördern, um unnötige Verlängerungen der Liegezeiten zu vermeiden und die Erledigung der Zoll- und sonstigen in den Häfen zu beachtenden Formalitäten nach Möglichkeit zu beschleunigen und zu vereinfachen sowie den Gebrauch vorhandener, der Entsorgung dienender Einrichtungen zu erleichtern.

Artikel 10

**Gegenseitige Anerkennung von Meßbriefen
und sonstigen Schiffspapieren**

Die von einer Vertragspartei entsprechend den einschlägigen internationalen Übereinkünften ausgestellten anerkannten und an Bord eines Schiffes dieser Vertragspartei befindlichen Schiffspapiere werden auch von der anderen Vertragspartei anerkannt.

Artikel 11

Reisedokumente der Besatzungsmitglieder

(1) Jede der Vertragsparteien erkennt die von den zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei ausgestellten Reisedokumente an und gewährt den Inhabern dieser Dokumente die in Artikel 12 genannten Rechte. Die von einer Vertragspartei nach Inkrafttreten dieses Abkommens eingeführten Ausweispapiere für Seeleute werden von der anderen Vertragspartei durch Notifikation anerkannt, sofern sie den internationalen Anforderungen für die Anerkennung als Seefahrtbuch genügen.

(2) Die Reisedokumente sind für die Bundesrepublik Deutschland der Reisepaß oder das Seefahrtbuch und für die Republik Chile der echte und gültige Reisepaß oder andere nach dem geltenden Recht anerkannte entsprechende Dokumente.

(3) Für Besatzungsmitglieder aus Drittländern, die an Bord von Schiffen jeder Vertragspartei arbeiten, gelten als Reisedokumente die von den zuständigen Behörden der Drittländer ausgestellten betreffenden Dokumente, sofern sie den innerstaatlichen Vorschriften der jeweiligen Vertragspartei für die Anerkennung als Paß- oder Paßersatz genügen.

(4) Beide Vertragsparteien verpflichten sich zur formlosen Rückübernahme von Personen, die mit einem von ihnen ausgestellten Ausweispapier im Sinne von Artikel 11 Absatz 1 in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eingereist sind.

Artikel 12

**Einreise, Durchreise und
Aufenthalt von Besatzungsmitgliedern**

(1) Jede Vertragspartei gestattet den Besatzungsmitgliedern eines Schiffes der anderen Vertragspartei, die Inhaber eines der in Artikel 11 genannten Reisedokumente sind, während der Liegezeit des Schiffes in einem ihrer Häfen ohne Aufenthaltsgenehmigung vor der Einreise in Übereinstimmung mit den einschlägigen Gesetzen und anderen geltenden Vorschriften an Land zu gehen und sich in der Hafenstadt aufzuhalten. Erforderlich ist in diesen Fällen

- in der Bundesrepublik Deutschland ein Landgangsausweis,
- in der Republik Chile ein Besatzungsausweis (Tarjeta de Tripulante).

(2) Jedes Besatzungsmitglied, das Inhaber eines der in Artikel 11 genannten Reisedokumente ist, darf nach Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung vor der Einreise durch das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei in folgenden Fällen durchreisen:

- zum Zweck seiner Heimschaffung;
- um sich auf sein Schiff oder auf ein anderes Schiff zu begeben oder
- aus einem anderen, von den zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei als triftig anerkannten Grund.

(3) Die nach Absatz 2 erforderliche Aufenthaltsgenehmigung vor der Einreise ist in möglichst kurzer Zeit zu erteilen.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien gestatten einem Besatzungsmitglied, das im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei in ein Krankenhaus eingeliefert wird, den für die stationäre Behandlung erforderlichen Aufenthalt.

(5) Beide Vertragsparteien behalten sich das Recht vor, Personen, die unerwünscht sind, die Einreise in ihr Hoheitsgebiet zu verweigern, auch wenn diese Personen Inhaber eines der in Artikel 11 genannten Reisedokumente sind.

(6) Die Bediensteten der diplomatischen Missionen und der konsularischen Vertretungen einer Vertragspartei sowie der Kapitän und die Besatzungsmitglieder der Schiffe dieser Vertragspartei sind berechtigt, unter Beachtung der im Aufenthaltsland geltenden einschlägigen Gesetze und sonstigen Vorschriften miteinander in Verbindung zu treten und zusammenzutreffen.

(7) Vorbehaltlich der vorstehenden Bestimmungen bleiben die Regelungen der Vertragsparteien betreffend die Einreise, den Aufenthalt und die Ausreise von Ausländern unberührt.

Artikel 13

Vorkommnisse auf See

(1) Erleidet ein Schiff einer Vertragspartei in den Hoheitsgewässern der anderen Vertragspartei einen Schiffbruch oder eine Havarie, läuft es auf Grund oder gerät es in sonstiger Weise in Seenot, so gewähren die Behörden dieser anderen Vertragspartei dem Kapitän, den Besatzungsmitgliedern, den Fahrgästen sowie dem Schiff und seiner Ladung den gleichen Schutz und Beistand wie Schiffen unter der eigenen Flagge. Die in Satz 1 genannten Vorkommnisse werden von den von jeder Vertragspartei gegenüber der anderen Vertragspartei zu bezeichnenden Behörden untersucht, wenn ein öffentliches Interesse vorliegt, auf jeden Fall aber dann, wenn bei einem solchen Vorkommnis ein Fahrzeug gesunken oder aufgegeben worden ist oder jemand den Tod erlitten hat. Die Untersuchungsergebnisse werden von den zu bezeichnenden Behörden den Behörden der anderen Vertragspartei so schnell wie möglich übermittelt.

(2) Jede Vertragspartei sieht, falls ein Schiff einen Unfall oder eine Havarie erlitten hat, von der Erhebung von Einfuhrabgaben einschließlich Verbrauchsteuern, denen Ladung, Ausrüstung und Materialien, Vorräte und anderes Schiffszubehör unterliegen, ab, sofern diese Gegenstände im Hoheitsgebiet der betreffenden Vertragspartei weder gebraucht noch verbraucht werden. Die zuständige Zolldienststelle wird unverzüglich von der Havarie informiert, und es werden die entsprechenden Maßnahmen für zeitweilige Einlagerung der betroffenen Güter frei von Importsteuern getroffen.

Artikel 14

Anwendung und Konsultationen

(1) Die wirksame Anwendung dieses Abkommens unterliegt den zuständigen Seeschiffsbehörden der entsprechenden Vertragsparteien.

(2) Die zuständigen Seeschiffsbehörden behandeln alle Fragen von gemeinsamem Interesse, insbesondere Fragen im Zusammenhang mit

- der Gewährleistung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Seeschifffahrt zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Chile;
- den Tätigkeiten der Seeschifffahrtsunternehmen und der Schiffe der Vertragsparteien, die im Seeverkehr zwischen den Vertragsparteien beschäftigt sind und der Beachtung aller Bedingungen hinsichtlich des korrekten Betriebs des Seeschiffsverkehrs jeder Vertragspartei;
- den Konsultationen der Seeschifffahrtsunternehmen und der Seeschiffsbehörden beider Vertragsparteien;

- der gütlichen Beilegung von Streitigkeiten einschließlich derer, die aus der Auslegung dieses Abkommens entstehen.

(3) Die zuständigen Seeschiffsbehörden treten auf Antrag einer der Vertragsparteien spätestens drei Monate nach Stellung dieses Antrags zusammen.

(4) Die Vertragsparteien verpflichten sich, die Grundsätze des beiderseitigen Vorteils und der nichtdiskriminierenden Behandlung der Seeschiffsunternehmen und Schiffe beider Vertragsparteien zu beachten.

Artikel 15

Technische Zusammenarbeit

Die Vertragsparteien ermutigen die Reederei und die mit der Seeschiffahrt verbundenen Institutionen beider Länder, alle möglichen Formen der Zusammenarbeit, insbesondere in der Ausbildung von Fachleuten und in technischen Fragen zu suchen und zu entwickeln.

Artikel 16

Inkrafttreten und Kündigung

(1) Dieses Abkommen tritt an dem Tag der letzten Notifikation in Kraft, an dem eine der Vertragsparteien der anderen notifiziert, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind.

(2) Das Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen, es sei denn, eine der Vertragsparteien notifiziert auf diplomatischem Wege unter Einhaltung einer Frist von mindestens sechs Monaten, das Abkommen zu kündigen.

Geschehen zu Bonn am 15. März 1995 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Ueberschaer
Wissmann

Für die Regierung der Republik Chile

Narciso Irureta

[SPANISH TEXT — TEXTE ESPAGNOL]

**Convenio
entre el Gobierno de la República Federal de Alemania
y el Gobierno de la República de Chile
sobre Transporte Marítimo**

El Gobierno de la República Federal de Alemania

y

el Gobierno de la República de Chile

deseando promover el desarrollo armonioso de las relaciones de transporte marítimo entre la República Federal de Alemania y la República de Chile sobre la base de los intereses recíprocos de ambos países y la libertad de comercio exterior, y

deseando fomentar, de la mejor manera posible, la cooperación internacional en este ámbito,

conscientes de que el intercambio de bienes entre los dos países debe ir acompañado de un intercambio de servicios eficiente,

han convenido en lo siguiente:

Artículo 1

Definiciones

Para los efectos del presente Convenio la expresión

1. «Autoridad marítima competente» significa:
 - a) en la República Federal de Alemania el Ministerio Federal de Transportes y sus autoridades subordinadas;
 - b) en la República de Chile el Ministerio de Transportes y Telecomunicaciones.
2. «Naves de una Parte Contratante» significará cualquier nave que, en conformidad con las disposiciones legales de dicha Parte Contratante, enarbole su pabellón y que, en conformidad con sus leyes, se encuentre inscrita en un registro de naves. Este término no incluirá buques de guerra ni naves pesqueras. Para los efectos de los Artículos 2, 5, 8, 9, 10, 12, 13, 14 y 15, cualquier nave que enarbole el pabellón de un tercer Estado y esté contratada por una empresa naviera de una de las Partes Contratantes también se considerará «Nave de una Parte Contratante».
3. «Empresa naviera de una Parte Contratante» significará una compañía de transporte que utilice barcos de navegación marítima, que tenga su sede, así como sus actividades económicas reales, en el territorio de esa Parte Contratante y que, en conformidad con sus disposiciones legales, sea reconocida como «empresa naviera».
4. «Miembro de la tripulación» significará el capitán y cualquier persona que deba desempeñar funciones o prestar servicios a

bordo de la nave durante la travesía y cuyo nombre aparezca en la lista de dotación de la nave.

Artículo 2

Libertad de Tráfico

1) Las Partes Contratantes acuerdan promover el desarrollo del tráfico marítimo entre sus países bajo el principio de reciprocidad. Se abstendrán de adoptar cualquier medida que pudiera ser perjudicial para el tráfico marítimo internacional sin impedimentos o para la libre participación de las empresas navieras de ambas Partes Contratantes en el transporte de carga intercambiada dentro del marco de su comercio bilateral, así como en el tráfico marítimo entre cualquiera de sus países y terceros países.

2) Las naves de cualquiera de las Partes Contratantes tendrán derecho a navegar entre aquellos puertos de ambas Partes Contratantes que estén abiertos al comercio marítimo internacional con el fin de transportar carga o pasajeros entre dichos puertos, así como también entre tales puertos y los puertos de terceros países.

3) Las empresas navieras de terceros países y las naves que enarbolan el pabellón de un tercer Estado podrán participar, sin restricciones, en el transporte de carga intercambiada dentro del marco del comercio bilateral de las Partes Contratantes. Las naves fletadas por empresas navieras de cualquiera de las Partes Contratantes gozarán de los mismos beneficios que gozarían si enarbolaran el pabellón de una de las Partes Contratantes.

Artículo 3

Compromisos Internacionales

1) El presente Convenio no afectará a los compromisos derivados de otros convenios internacionales celebrados por cualquiera de las Partes Contratantes.

2) Las Partes Contratantes están decididas a ratificar todas las convenciones internacionales pertinentes relativas a la seguridad de navegación, las condiciones de vida y trabajo de los marineros, el transporte de productos peligrosos y la protección del medio ambiente marino.

Artículo 4

No discriminación de la Empresa Naviera

Cada Parte Contratante se abstendrá de adoptar cualquier medida discriminatoria en el tráfico marítimo internacional que pudiera causar algún perjuicio a los intereses navieros de la otra Parte Contratante o que pudiera, contrariamente a los principios de la libre competencia, afectar en forma adversa a la libre elección de la empresa naviera.

Artículo 5

Normas relativas a Puertos y Aguas Territoriales

1) Cada Parte Contratante deberá, en condiciones de reciprocidad, otorgar a las naves de la otra Parte Contratante, en sus puertos, aguas territoriales y otras aguas bajo su jurisdicción, el mismo tratamiento que otorga a sus propias naves que operan en tráfico marítimo internacional, especialmente con respecto al acceso a los puertos, permanencia en los puertos y salida de los mismos, en el uso de las instalaciones portuarias para el transporte de mercaderías y pasajeros, así como en relación con el acceso a todos los servicios y otras instalaciones.

2) La reciprocidad mencionada en el párrafo 1) precedente también cubrirá el derecho de las empresas navieras de cualquiera de las Partes Contratantes a ejercer las actividades de una agencia, en conformidad con las leyes vigentes en el territorio de la otra Parte Contratante.

Artículo 6

Libre Transferencia de Invisibles

Cada Parte Contratante otorgará a las empresas navieras de la otra Parte Contratante el derecho a usar ingresos percibidos por servicios de transporte marítimo realizados en el territorio de la primera Parte Contratante para efectuar pagos relacionados con el transporte marítimo o para transferir dichos ingresos al extranjero en moneda convertible. Tales transferencias deberán efectuarse sobre la base del tipo de cambio oficial y dentro del periodo de tiempo habitual.

Artículo 7

**Áreas excluidas
del Campo de Aplicación del Convenio**

El presente Convenio no afectará a las disposiciones legales vigentes de las Partes Contratantes con respecto a:

- a) el privilegio del pabellón nacional en relación con servicios de navegación costera nacional, salvamento, remolque, practica-je y otros servicios que están reservados para las empresas navieras u otras empresas nacionales de la Parte Contratante y a sus ciudadanos; sin embargo, no se considerará navegación costera la navegación de una nave de una Parte Contratante entre puertos de la otra Parte Contratante con el objeto de descargar cargamentos y desembarcar pasajeros recogidos en un tercer país o cargar mercaderías o embarcar pasajeros para transportarlos a un tercer país;
- b) la obligación de llevar un práctico a bordo;
- c) las naves que desempeñen funciones de servicio público;
- d) las actividades dentro del marco de la investigación marina;
- e) el privilegio del estudio hidrográfico en las propias aguas territoriales.

Artículo 8

**Cumplimiento de las Disposiciones Legales
de la Otra Parte Contratante
en su Territorio**

1) Las naves de cualquiera de las Partes Contratantes y las naves de sus empresas navieras estarán sujetas, mientras se encuentren en el territorio de la otra Parte Contratante, a las leyes y disposiciones legales de esta última. Ello se aplicará especialmente a las leyes y otras disposiciones legales relativas al ingreso y salida de su territorio de las naves utilizadas en el tráfico marítimo internacional y a la operación y mando de dichas naves.

2) Los pasajeros, los miembros de las tripulaciones y los consignatarios de carga deberán cumplir con las leyes y otras disposiciones legales vigentes en el territorio de cada una de las Partes Contratantes con respecto al ingreso, permanencia y salida de pasajeros y tripulaciones e importación, exportación y almacenaje de cargas, especialmente las disposiciones relativas a permisos para ir a tierra, inmigración, aduana, impuestos y cuarentena.

Artículo 9

**Medidas para facilitar
el Tráfico Marítimo**

Dentro del marco de sus leyes y reglamentos portuarios, las Partes Contratantes tomarán todas las medidas necesarias para facilitar y promover el transporte marítimo, impedir la prolongación innecesaria de los tiempos de estadía, agilizar y simplificar, en lo posible, el despacho de aduanas y los demás trámites que deben realizarse en los puertos, así como también facilitar el uso de las instalaciones de evacuación existentes.

Artículo 10

**Reconocimiento Recíproco
de Certificados de Arqueo
y Demás Documentos de las Naves**

Los documentos de las naves que hayan sido extendidos y reconocidos por una Parte Contratante en conformidad con los convenios internacionales pertinentes y que se lleven a bordo de una nave de esa Parte Contratante también serán reconocidos por la otra Parte Contratante.

Artículo 11

Documentos de Viaje de la Tripulación

1) Cada Parte Contratante reconocerá los documentos de viaje extendidos por las autoridades competentes de la otra Parte Contratante y otorgará a los titulares de dichos documentos los derechos estipulados en el Artículo 12 del presente Convenio. Los documentos de identificación para marineros, que sean introducidos por cualquier Parte Contratante después de la entrada en vigor del presente Convenio, serán reconocidos por la otra Parte Contratante mediante notificación, siempre y cuando cumplan con los requisitos internacionales para su reconocimiento como pasaportes de marinero.

2) Los documentos de viaje para la República Federal de Alemania son el pasaporte o el pasaporte marítimo y para la República de Chile son el pasaporte auténtico y vigente u otros documentos análogos reconocidos por la legislación vigente.

3) Para los miembros de la tripulación de terceros países que trabajen a bordo de naves de cualquiera de las Partes Contratantes, los documentos de viaje son aquéllos extendidos por las autoridades competentes del tercer país, siempre y cuando cumplan con los requisitos nacionales de la respectiva Parte Contratante para su reconocimiento como pasaporte o sustitutivo de pasaporte.

4) Cada Parte Contratante se compromete a aceptar, sin trámites, a las personas que hayan ingresado al territorio de la otra Parte Contratante con un documento de identificación en el sentido del Artículo 11, párrafo 1), que haya sido extendido por la primera Parte Contratante.

Artículo 12

**Ingreso, Tránsito
y Estadía de la Tripulación**

1) Cada Parte Contratante permitirá a los miembros de la tripulación de una nave de la otra Parte Contratante, que sean titulares de uno de los documentos de viaje especificados en el Artículo 11, bajar a tierra y permanecer en la ciudad portuaria durante el tiempo de estadía de la nave en el puerto de la otra Parte Contratante, sin necesidad de permiso de estadía anterior al ingreso en conformidad con las leyes pertinentes y otras disposiciones vigentes.

En estos casos:

- en la República Federal de Alemania se exigirá un pase para ir a tierra;
- en la República de Chile se exigirá la Tarjeta de Tripulante.

2) Todo miembro de la tripulación de la nave que posea uno de los documentos de viaje especificados en el Artículo 11 del presente Convenio estará autorizado, previa obtención de un permiso de estadía anterior al ingreso, para transitar por el territorio de la otra Parte Contratante en los siguientes casos:

- a efectos de su repatriación;
- con el fin de abordar su nave o cualquiera otra nave;
- por cualquier otro motivo fundado que astimen las autoridades competentes de la otra Parte Contratante.

3) La autorización a que se refiere el párrafo 2) será extendida sin demora, si fuere posible.

4) Las autoridades competentes de las Partes Contratantes autorizarán al miembro de la tripulación que sea llevado a un hospital en el territorio de la otra Parte Contratante para permanecer cuanto tiempo sea necesario con el fin de recibir tratamiento como paciente hospitalizado.

5) Ambas Partes Contratantes se reservan el derecho a impedir el ingreso de aquellas personas, cuya permanencia en el país no se estime conveniente, aún cuando dichas personas posean documentos de viaje en conformidad con el Artículo 11 del presente Convenio.

6) El personal de las misiones diplomáticas y oficinas consulares de una Parte Contratante, así como el capitán y los demás miembros de la tripulación de las naves de esa Parte Contratante, tendrán derecho a ponerse en contacto unos con otros y a reunirse observando las leyes pertinentes y demás disposiciones vigentes en el país de permanencia.

7) Sin perjuicio de las disposiciones precedentes, la legislación de las Partes Contratantes relativas al ingreso, estadía y salida de extranjeros permanecerá sin alteración.

Artículo 13

Incidentes en el Mar

1) Si una nave de una Parte Contratante naufragare, sufre una avería, varare o peligrare por alguna otra razón en las aguas territoriales de la otra Parte Contratante, las autoridades de esa Parte Contratante darán al capitán, los miembros de la tripulación y pasajeros, así como a la nave y su carga, la misma asistencia y protección que darían a las naves que enarbolan su propio pabellón. Los incidentes mencionados en la primera oración de este párrafo serán investigados por las autoridades que sean designadas por cada Parte Contratante con respecto a la otra Parte Contratante, si existiere un interés público; no obstante, lo serán en todo caso si la nave se hubiere hundido o hubiere sido abandonada o si hubiere víctimas fatales. Las autoridades que sean designadas remitirán los resultados de la investigación e la brevedad posible a las autoridades de la otra Parte Contratante.

2) Las Partes Contratantes deberán, en caso de que una nave hubiere sufrido un accidente o una avería, abstenerse de aplicar impuestos de importación de cualquier clase, incluyéndose cualquier impuesto sobre consumos o ventas a la carga, equipo, materiales, víveres, provisiones y otros pertrechos, a menos que tales artículos sean usados o consumidos en el territorio de la Parte Contratante respectiva. La oficina de aduana competente será informada de la avería sin retardo y se tomarán las medidas necesarias para el almacenaje temporal, libre de impuestos de importación de los bienes involucrados.

Artículo 14

Aplicación y Consultas

1) La aplicación efectiva del presente Convenio estará a cargo de las Autoridades Marítimas Competentes de las Partes Contratantes.

2) Las Autoridades Marítimas Competentes estudiarán todas las materias de interés común, en particular, las relacionadas con:

- la garantía de cooperación en el sector del transporte marítimo entre la República Federal de Alemania y la República de Chile;
- las actividades de las empresas navieras y naves de las Partes Contratantes dedicadas al tráfico marítimo entre las Partes Contratantes y la observancia de todas las condiciones referentes al manejo correcto del tráfico marítimo de cada Parte contratante;
- las consultas entre las empresas navieras y las autoridades marítimas de las Partes Contratantes;

- la solución amigable de controversias, incluidas aquellas que surjan de la interpretación de este Convenio.

3) Las Autoridades Marítimas Competentes se reunirán a solicitud de una de las Partes Contratantes a más tardar tres meses después de la fecha en que se haya presentado dicha solicitud.

4) Las Partes Contratantes se comprometen a observar los principios de ventaja mutua y tratamiento no discriminatorio de las empresas navieras y naves de las Partes Contratantes.

Artículo 15

Cooperación Técnica

Las Partes Contratantes exhortarán a los armadores e instituciones de cualquiera de los dos países relacionados con el tráfico marítimo a procurar y desarrollar todas las formas de cooperación posibles, especialmente con respecto a la capacitación de expertos y a materias técnicas.

Artículo 16

Entrada en Vigor y Terminación

1) El presente Convenio entrará en vigor en la fecha de la última notificación en que una de las Partes Contratantes comunique a la otra que se han cumplido los requisitos jurídicos internos necesarios a efectos de su entrada en vigor.

2) El presente Convenio permanecerá en vigencia por tiempo indefinido, a menos que cualquiera de las Partes Contratantes notifique a la otra por la vía diplomática, con un plazo a lo menos de seis meses, su intención de denunciarlo.

Hecho en Bonn, el día quince de marzo de mil novecientos noventa y cinco, en duplicado, en los idiomas alemán y español, siendo todos los textos igualmente auténticos.

Por el Gobierno de la República Federal de Alemania

Ueberschaer
Wissmann

Por el Gobierno de la República de Chile
Narciso Irureta

[TRANSLATION - TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL
REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE
REPUBLIC OF CHILE CONCERNING MARITIME TRANSPORT

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Chile,

Wishing to promote the harmonious development of maritime transport relations between the Federal Republic of Germany and the Republic of Chile based on the mutual interests of the two countries and on the freedom of external trade, and

Wishing to encourage, in the best possible way, international cooperation in that area,

Recognizing that trade between the two countries should be accompanied by an effective exchange of services,

Have agreed as follows:

Article 1. Definitions

For the purposes of this Agreement,

1. "Competent maritime authority" means:

(a) In the Federal Republic of Germany, the Federal Ministry of Transport and its subordinate authorities;

(b) In the Republic of Chile, the Ministry of Transport and Telecommunications.

2. "Vessels of a Contracting Party" means any vessel flying the flag of a Contracting Party in accordance with its legislation which is listed in a registry of vessels in accordance with its laws. The term shall not include warships or fishing boats. For the purposes of articles 2, 5, 8, 9, 10, 12, 13, 14 and 15, any vessel flying the flag of a third State and under contract to a shipping enterprise of one of the Contracting Parties shall also be considered a "vessel of a Contracting Party".

3. "Maritime enterprise of a Contracting Party" means a transportation company which uses maritime transport vessels has its head office and real economic activities in the territory of that Contracting Party and is recognized as a "shipping enterprise" in accordance with the latter's legislation.

4. "Member of the crew" means the captain and any person having duties or providing services on board the vessel during its voyage and whose name is included in the crew list of the vessel.

Article 2. Freedom of movement

1. The Contracting Parties agree to promote the development of maritime traffic between their countries based on the principle of reciprocity. They shall refrain from adopting any measure that may be harmful to unimpeded international maritime traffic or to the un-

restricted participation of shipping enterprises of both Contracting Parties in the transportation of cargo exchanged within the framework of trade between them, and in maritime traffic between either country and third countries.

2. The vessels of either Contracting Party shall be entitled to travel between the ports of the two Contracting Parties which are open to international maritime trade for the purpose of transporting cargo or passengers between those ports, as well as between those ports and the ports of third States.

3. Shipping enterprises of third States and vessels flying the flag of a third State may participate without restrictions in the transport of cargo exchanged within the framework of bilateral trade between the Contracting Parties. Vessels chartered by shipping enterprises of either Contracting Party shall enjoy the same advantages as vessels flying the flag of one of the Contracting Parties.

Article 3. International obligations

1. The present Agreement shall not affect obligations arising out of other international agreements to which either Contracting Party is a signatory.

2. The Contracting Parties undertake to ratify all pertinent international agreements relating to safety of navigation, living and working conditions of seamen, transport of dangerous goods and protection of the marine environment.

Article 4. Non-discrimination against shipping enterprises

Each Contracting Party shall refrain from adopting any discriminatory measure with regard to international maritime traffic which might be harmful to the shipping interests of the other Contracting Party or which might, contrary to the principles of free trade, infringe the freedom to choose a shipping enterprise.

Article 5. Rules relating to ports and territorial waters

1. Each Contracting Party shall, on a basis of reciprocity, grant to vessels of the other Contracting Party in its ports, territorial waters and other waters under its jurisdiction, the same treatment which it grants to its own vessels operating in international maritime traffic, in particular with respect to access to, stay in and departure from ports, use of port facilities for the transport of merchandise and passengers, and access to all services and other installations.

2. The reciprocity mentioned in paragraph 1 above shall also include the right of shipping enterprises of either Contracting Party to operate as a shipping agency, in accordance with the laws in force in the territory of the other Contracting Party.

Article 6. Free transfer of invisibles

Each Contracting Party shall grant the shipping enterprises of the other Contracting Party the right to use income obtained as a result of the provision of maritime transport ser-

vices in the territory of the first Contracting Party to make payments in connection with maritime transport or to transfer that income abroad in convertible currency. Such transfers shall be made on the basis of the official exchange rate within a reasonable period of time.

Article 7. Areas excluded from the scope of the Agreement

This Agreement shall not affect the existing legal provisions of the Contracting Parties with respect to:

(a) Privilege of the national flag in relation to national coastal navigation services, salvaging, towing, pilotage and other services reserved for the shipping and other national enterprises of the Contracting Party and its nationals; however, travel by a ship of one Contracting Party between ports of the other Contracting Party for the purpose of unloading cargo and disembarking passengers taken on board in a third country or loading merchandise or embarking passengers for transport to a third country shall not be considered to be coastal shipping;

(b) Mandatory pilotage;

(c) Vessels providing a public service;

(d) Marine research activities;

(e) The right to undertake hydrographic research in their own territorial waters.

Article 8. Compliance with the law of the other Contracting Party in its territory

1. The vessels of either Contracting Party and the vessels of their shipping enterprises, while in the territory of the other Contracting Party, shall be subject to the laws and legal provisions of the latter, in particular those relating to the entry into and departure from its territory of vessels used in international maritime traffic and the operation and command of those vessels.

2. Passengers, crew members and cargo agents shall comply with the laws and other legal provisions in force in the territory of each Contracting Party with respect to the entry, stay and departure of passengers and crew and the import, export and warehousing of cargo, in particular provisions relating to landing, permits, immigration, customs, taxes and quarantine.

Article 9. Measures to facilitate maritime traffic

Within the framework of their laws and regulations relating to ports, the Contracting Parties shall take all measures necessary to facilitate and promote maritime transport, prevent the unnecessary prolongation of time spent in port, expedite and simplify to the extent possible customs clearances and any other formalities which must be completed in port, and also facilitate the use of available disposal installations.

*Article 10. Mutual recognition of tonnage certificates
and other documents pertaining to vessels*

Vessel documents issued and recognized by one Contracting Party in accordance with relevant international agreements and carried on board a vessel of that Contracting Party shall also be recognized by the other Contracting Party.

Article 11. Travel documents of crew

1. Each Contracting Party shall recognize the travel documents issued by the competent authorities of the other Contracting Party and shall grant the holders of those documents the rights set out in article 12 of this Agreement. Seaman's identity documents which may be introduced by either Contracting Party following the entry into force of this Agreement shall be recognized by the other Contracting Party upon notification, provided that they comply with international requirements for their recognition as seamen's passports.

2. In the case of the Federal Republic of Germany the travel documents are the passport or Seefahrtsbuch (seaman's registration book) and in the case of the Republic of Chile the authentic valid passport or other similar documents recognized under the existing legislation.

3. For crew members from third countries working on board vessels of either Contracting Party, the travel documents are those issued by the competent authorities of the third country, providing that they comply with the national requirements of the respective Contracting Party for recognition as a passport or passport substitute.

4. Each Contracting Party undertakes to accept without formalities upon their return, persons who entered the territory of the other Contracting Party with an identification document as described in article 11, paragraph 1, issued by the first Contracting Party.

Article 12. Entry, transit and stay of the crew

1. Each Contracting Party shall allow members of the crew of a vessel of the other Contracting Party who are in possession of one of the travel documents specified in article 11, to disembark and remain in the port city while the vessel is in one of its ports, without having to obtain a permit for that purpose before arrival in accordance with the relevant laws and other provisions in force.

In such cases:

- In the Federal Republic of Germany a pass shall be required in order to disembark;
- In the Republic of Chile, a ship's crew card shall be required.

2. Any member of the crew of a vessel in possession of one of the travel documents referred to in article 11 of this Convention shall, provided he obtains a permit before entering the country, be authorized to transit through the territory of the other Contracting Party in the following cases:

- For repatriation;
- To return to his vessel or any other vessel;

-- For any other purpose deemed justified by the competent authorities of the other Contracting Party.

3. The permit referred to in paragraph 2 shall be issued promptly, whenever possible.

4. The competent authorities of the Contracting Parties shall authorize a crew member hospitalized in the territory of the other Contracting Party to stay as long as necessary for the purposes of receiving treatment in hospital.

5. Both Contracting Parties reserve the right to prevent the entry of any persons whose presence in the country is deemed undesirable, even if such persons are in possession of travel documents in accordance with article 11 of this Convention.

6. The staff of diplomatic missions and consular offices of a Contracting Party as well as the captain and other members of the crew of vessels of that Contracting Party shall have the right to communicate with each other and meet in accordance with the relevant laws and other regulations in force in the host country.

7. Without prejudice to the foregoing provisions, the legislation of the Contracting Parties relating to the entry, stay and departure of foreigners shall remain unaltered.

Article 13. Incidents at sea

1. Should a vessel of one Contracting Party be wrecked or be damaged, run aground or be in distress for any other reason in the territorial waters of the other Contracting Party, the authorities of the latter Contracting Party shall grant to the captain, the members of the crew, the passengers, the vessel and its cargo the same assistance and protection that they would provide to vessels flying its own flag. The incidents mentioned in the first sentence of this paragraph shall be investigated by the authorities designated by each Contracting Party vis-à-vis the other Contracting Party if the public interest is involved; there shall however be an investigation in all cases where the vessel sank or was abandoned or lives were lost. The designated authorities shall submit the results of their investigation as soon as possible to the authorities of the other Contracting Party.

2. Should a vessel suffer an accident or damage, the Contracting Parties shall exempt it from import duties of any kind, including any consumption or sales tax on the cargo, equipment, materials, food stocks, stores and other appurtenances, unless those articles are used or consumed in the territory of the Contracting Party concerned. The competent customs office shall be informed of the incident immediately and shall take whatever measures necessary for the temporary storage of the goods involved without payment of import duties.

Article 14. Implementation and consultations

1. Effective implementation of this Agreement shall be the responsibility of the competent maritime authorities of the Contracting Parties.

2. The competent maritime authorities shall study all matters of common interest, in particular those relating to:

-- The guarantee of cooperation in the maritime transport sector between the Federal Republic of Germany and the Republic of Chile;

-- The activities of shipping enterprises and vessels of the Contracting Parties involved in the maritime traffic between the Contracting Parties and observance of all conditions relating to the proper management of the maritime traffic of each Contracting Party;

-- Consultations between the shipping enterprises and the maritime authorities of the Contracting Parties;

-- Amicable settlement of disputes, including those relating to the interpretation of this Agreement.

3. The competent maritime authorities shall meet at the request of either Contracting Party no later than three months after the date on which such a request is made.

4. The Contracting Parties undertake to observe the principles of mutual advantage and non-discriminatory treatment of their maritime enterprises and vessels.

Article 15. Technical cooperation

The Contracting Parties shall encourage shipowners and institutions of either country involved in maritime traffic to seek and develop all possible forms of cooperation, in particular with regard to the training of experts and technical matters.

Article 16. Entry into force and termination

1. The present Agreement shall enter into force on the date of the last notification in which one Contracting Party informs the other that all necessary internal juridical requirements for its entry into force have been completed.

2. The present Agreement shall remain in force for an indefinite period, unless either Contracting Party notifies the other through the diplomatic channel at least six months in advance that it intends to terminate it.

Done at Bonn, on 15 March 1995, in two copies, in the German and Spanish languages, both texts being equally authentic.

For the Government of the Federal Republic of Germany:

UEBERSCHAER WISSMANN

For the Government of the Republic of Chile:

NARCISO IRURETA

[TRANSLATION - TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE
D'ALLEMAGNE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE DU
CHILI RELATIF AUX TRANSPORTS MARITIMES

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République du Chili,

Désireux de promouvoir le développement harmonieux des transports maritimes entre la République fédérale d'Allemagne et la République du Chili sur la base des intérêts mutuels des deux pays et de la liberté du commerce extérieur, et

Désireux de resserrer dans toute la mesure possible la coopération internationale dans ce domaine,

Conscients de ce que l'échange de marchandises entre les deux pays doit aller de pair avec un échange efficace de services,

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier. Définitions

Aux fins du présent Accord, l'expression :

1. "Autorité maritime compétente" désigne :

a) Dans la République fédérale d'Allemagne, le Ministère fédéral des transports et les autorités relevant dudit Ministère;

b) Dans la République du Chili, le Ministère des transports et télécommunications.

2. "Navire d'une Partie contractante" désigne tout navire qui, conformément aux dispositions légales de ladite Partie contractante, arbore son pavillon et qui, conformément à ses lois, est inscrit au registre maritime. Ladite expression n'inclut ni les navires de guerre, ni les bâtiments de pêche. Aux fins des articles 2, 5, 8, 9, 10, 12, 13, 14 et 15, tout navire arborant le pavillon d'un État tiers mais affrété par une entreprise de transport maritime de l'une des Parties contractantes est également considéré comme un "navire d'une Partie contractante".

3. "Entreprise de transports maritimes d'une Partie contractante" désigne toute entreprise de transports utilisant des navires de transports maritimes ayant son siège ainsi que son activité économique effective sur le territoire de ladite Partie contractante et qui, conformément à la législation de cette dernière, est considérée comme une "entreprise de transports maritimes".

4. "Membre de l'équipage" désigne le capitaine et toute personne devant s'acquitter d'attributions ou fournir des services à bord du navire pendant la traversée et dont le nom figure sur le rôle de l'équipage.

Article 2. Liberté de trafic

1. Les Parties contractantes conviennent de promouvoir le développement du trafic maritime entre leurs pays respectifs conformément au principe de réciprocité. Elles s'abstiennent d'adopter toute mesure pouvant porter préjudice au trafic maritime international sans entrave ou la libre participation des entreprises de transports maritimes des deux Parties contractantes au transport des marchandises échangées dans le cadre de leur commerce bilatéral ainsi qu'au trafic maritime entre leurs pays et les pays tiers.

2. Les navires des Parties contractantes ont le droit de naviguer entre ceux de leurs ports qui sont ouverts au commerce maritime international afin de transporter des marchandises ou des passagers entre lesdits ports ainsi qu'entre ces derniers et les ports de pays tiers.

3. Les entreprises de transports maritimes de pays tiers et les navires arborant le pavillon d'un État tiers peuvent participer sans restrictions au transport des marchandises échangées dans le cadre du commerce bilatéral entre les Parties contractantes. Les navires affrétés par des entreprises de transports maritimes de l'une ou l'autre des Parties contractantes jouissent des mêmes droits que ceux qui seraient les leurs s'ils arboraient le pavillon de l'une des Parties contractantes.

Article 3. Engagements internationaux

1. Le présent Accord n'affecte aucunement les engagements découlant d'autres accords internationaux conclus par l'une ou l'autre des Parties contractantes.

2. Les Parties contractantes sont résolues à ratifier toutes les conventions internationales pertinentes relatives à la sécurité de la navigation, aux conditions de vie et de travail des gens de mer, au transport de produits dangereux et à la protection du milieu marin.

Article 4. Non-discrimination à l'égard des entreprises de transports maritimes

Chacune des Parties contractantes s'abstient d'adopter toute mesure discriminatoire concernant le trafic maritime international qui pourrait causer un préjudice aux intérêts maritimes de l'autre Partie contractante ou qui pourrait, contrairement aux principes de la libre concurrence, affecter le libre choix de l'entreprise de transports maritimes.

Article 5. Normes relatives aux ports et aux eaux territoriales

1. Chacune des Parties contractantes doit, sur la base de la réciprocité, accorder aux navires de l'autre Partie contractante, dans ses ports, eaux territoriales et autres eaux placées sous sa juridiction, le même traitement que celui qu'elle accorde à ses propres navires opérant dans le trafic maritime international, spécialement en ce qui concerne l'accès aux ports, le séjour dans les ports et la sortie des ports, l'utilisation des installations portuaires aux fins du transport de marchandises et de passagers ainsi que l'accès à tous les services et autres installations.

2. La réciprocité visée au paragraphe 1 du présent article emporte également le droit des entreprises de transports maritimes de l'une ou l'autre des Parties contractantes d'opérer en qualité d'agence conformément aux lois en vigueur sur le territoire de l'autre Partie contractante.

Article 6. Liberté de transfert

Chacune des Parties contractantes accorde aux entreprises de transports maritimes de l'autre Partie contractante le droit d'utiliser les recettes perçues au titre des services de transport maritime réalisés sur le territoire de la première Partie contractante pour procéder à des paiements liés au transport maritime ainsi que de transférer lesdites recettes à l'étranger en monnaie convertible. Les transferts sont effectués sur la base du taux de change officiel et dans les délais habituels.

*Article 7. Domaines exclus du champ
d'application de l'Accord*

Le présent Accord n'affecte pas les dispositions légales en vigueur sur le territoire des Parties contractantes touchant :

- a) Le privilège du pavillon national en ce qui concerne les services de cabotage national, de sauvetage, de remorquage et de pilotage et autres services réservés aux entreprises de transports maritimes ou autres entreprises nationales de la Partie contractante intéressée et à ses ressortissants, étant entendu toutefois que ne sont pas considérés comme cabotage les déplacements qu'effectue un navire d'une Partie contractante entre les ports de l'autre Partie contractante en vue de décharger des marchandises et de débarquer des passagers embarqués dans un pays tiers ou de charger des marchandises ou d'embarquer des passagers pour les transporter vers un pays tiers;
- b) L'obligation d'avoir un pilote à bord;
- c) Les navires utilisés à des fins de service public;
- d) Les activités de recherche marine;
- e) Le privilège des études hydrographiques dans leurs propres eaux territoriales.

*Article 8. Respect des dispositions légales de l'autre
Partie contractante sur son territoire.*

1. Les navires de l'une des Parties contractantes et les navires de leurs entreprises de transports maritimes sont soumis, pendant qu'ils se trouvent sur le territoire de l'autre Partie contractante, aux lois et dispositions légales de cette dernière. Tel est le cas en particulier des lois et autres dispositions légales relatives à l'entrée et à la sortie de leur territoire des navires utilisés dans le trafic maritime international ainsi qu'à l'exploitation et au commandement desdits navires.

2. Les passagers, membres des équipages et transitaires doivent respecter les lois et autres dispositions en vigueur sur le territoire de chacune des Parties contractantes en ce qui concerne l'entrée, le séjour et la sortie de passagers et d'équipages ainsi que l'importation,

l'exportation et l'entreposage de marchandises, et en particulier les dispositions relatives aux permis de débarquement et les dispositions en vigueur en matière douanière et fiscale ainsi que d'immigration et de quarantaine.

Article 9. Mesures visant à faciliter le trafic maritime

Dans le cadre de leurs lois et règlements portuaires, les Parties contractantes adoptent toutes les mesures nécessaires pour faciliter et promouvoir les transports maritimes, empêcher toute prolongation inutile du séjour dans les ports, accélérer et simplifier dans toute la mesure possible les formalités de dédouanement et autres formalités devant être réalisées dans les ports et faciliter l'utilisation des installations d'évacuation existantes.

Article 10. Reconnaissance réciproque des certificats de jaugeage et autres documents de bord.

Les documents établis et reconnus par une Partie contractante conformément aux conventions internationales pertinentes se trouvant à bord d'un navire d'une Partie contractante sont également reconnus par l'autre Partie contractante.

Article 11. Documents de voyage des membres de l'équipage

1. Chacune des Parties contractantes reconnaît les documents de voyage établis par l'autorité compétente de l'autre Partie contractante et accorde au titulaire desdits documents les droits stipulés à l'article 12 du présent Accord. Les pièces d'identité des gens de mer introduites par l'une des Parties contractantes après l'entrée en vigueur du présent Accord sont reconnues par l'autre Partie contractante sur notification à condition de réunir les conditions internationales pour pouvoir être reconnues comme livrets de gens de mer.

2. Les documents sont, pour la République fédérale d'Allemagne, le passeport ou le livret de gens de mer et, pour la République du Chili, le passeport authentique valide ou autres documents semblables reconnus par la législation en vigueur.

3. S'agissant des membres de l'équipage de pays tiers travaillant à bord de l'une ou l'autre des Parties contractantes, les documents de voyage sont les titres établis par les autorités compétentes du pays tiers, sous réserve qu'ils remplissent les conditions nationales imposées par la Partie contractante intéressée pour pouvoir être reconnus comme passeports ou titres tenant lieu de passeport.

4. Chacune des Parties contractantes s'engage à réadmettre sans formalités les personnes ayant pénétré sur le territoire de l'autre Partie contractante avec l'un des documents d'identité visés au paragraphe 1 de l'article 11 qu'elle a elle-même établis.

Article 12. Entrée, transit et séjour des membres de l'équipage

1. Chacune des Parties contractantes autorise les membres de l'équipage d'un navire de l'autre Partie contractante titulaires de l'un des documents de voyage visés à l'article 11 à débarquer et à séjourner dans la ville du port aussi longtemps que le navire se trouve dans

le port sans devoir obtenir un permis de séjour avant l'entrée sur son territoire conformément aux lois pertinentes et autres dispositions en vigueur.

Il est exigé en pareil cas :

- En République fédérale d'Allemagne, un permis de débarquement;
- En République du Chili, la carte de membre de l'équipage (Tarjeta de Tripulante).

2. Tout membre de l'équipage du navire muni de l'un des documents de voyage visés à l'article 11 du présent Accord est autorisé, après avoir obtenu un permis de séjour préalablement à son entrée sur le territoire de l'autre Partie contractante, à transiter à travers ledit territoire :

- En vue de son rapatriement;
- Afin d'embarquer à bord de son navire ou de tout autre navire;
- Pour toute autre raison considérée comme justifiée par les autorités compétentes de l'autre Partie contractante.

3. L'autorisation visée au paragraphe 2 est, si possible, accordée sans tarder.

4. Les autorités compétentes des Parties contractantes autorisent tout membre de l'équipage hospitalisé sur le territoire de l'autre Partie contractante à y séjourner aussi longtemps que nécessaire pour recevoir un traitement dans l'établissement.

5. Les deux Parties contractantes se réservent le droit d'interdire l'entrée sur leur territoire des personnes dont le séjour dans le pays n'est pas jugé opportun, même si les intéressés sont munis de documents de voyage conformément à l'article 11 du présent Accord.

6. Le personnel des missions diplomatiques et des bureaux consulaires d'une Partie contractante, ainsi que le capitaine et les autres membres de l'équipage des navires de ladite Partie ont le droit de communiquer entre eux et de se réunir conformément aux lois pertinentes et autres dispositions en vigueur dans le pays hôte.

7. Sans préjudice des dispositions qui précèdent, le présent Accord n'affecte aucunement la législation des Parties contractantes relatives à l'entrée, au séjour et à la sortie des étrangers.

Article 13. Incidents en mer

1. Si un navire d'une Partie contractante fait naufrage, subit une avarie, s'échoue ou est en détresse pour toute autre raison dans les eaux territoriales de l'autre Partie contractante, les autorités de cette dernière accordent au capitaine, aux membres de l'équipage et aux passagers ainsi qu'au navire et à sa cargaison la même assistance et la même protection que celle qu'ils accorderaient aux navires battant leur propre pavillon. Les incidents susmentionnés font l'objet d'une enquête par les autorités que chacune des Parties contractantes aura notifiées à l'autre si l'intérêt public est en jeu, étant entendu toutefois qu'il est ouvert une enquête dans tous les cas si le navire a coulé ou a été abandonné ou si l'incident a fait des morts. Les autorités désignées communiquent les résultats de l'enquête dans les meilleurs délais aux autorités de l'autre Partie contractante.

2. Si un navire subit un accident ou une avarie, les Parties contractantes s'abstiennent d'appliquer des droits à l'importation de quelque nature que ce soit, y compris toute taxe sur

la consommation ou la vente, à la cargaison, à l'équipement, aux matériaux, aux vivres, aux provisions et autres attirails, à moins que lesdits articles ne soient utilisés ou consommés sur leur territoire. Le service des douanes compétent est informé sans tarder de l'avarie, et il est adopté les mesures nécessaires pour l'entreposage temporaire, en franchise de droits à l'importation, des biens en question.

Article 14. Application et consultations

1. L'application effective du présent Accord relève des autorités maritimes compétentes des Parties contractantes.

2. Les autorités maritimes compétentes étudient toutes les questions d'intérêt commun et en particulier celles qui concernent :

-- La garantie de la coopération dans le secteur des transports maritimes entre la République fédérale d'Allemagne et la République du Chili;

-- Les activités des entreprises de transports maritimes et des navires des Parties contractantes exploités dans le trafic maritime entre ces dernières et l'observation de toutes les conditions touchant une gestion appropriée du trafic maritime de chacune des Parties contractantes;

-- Les consultations entre les entreprises de transports maritimes et les autorités maritimes des Parties contractantes;

-- Le règlement à l'amiable des différends, y compris ceux pouvant découler de l'interprétation du présent Accord.

3. Les autorités maritimes compétentes se réunissent à la demande de l'une des Parties contractantes au plus tard trois mois après la date de présentation de ladite demande.

4. Les Parties contractantes s'engagent à appliquer les principes des avantages mutuels et du traitement non discriminatoire à leurs entreprises de transports maritimes et à leurs navires.

Article 15. Coopération technique

Les Parties contractantes encouragent les armateurs et les institutions de leurs deux pays qui s'occupent du trafic maritime à développer toutes les formes de coopération possibles, spécialement dans le domaine de la formation d'experts et dans les domaines techniques.

Article 16. Entrée en vigueur et résiliation

1. Le présent Accord entrera en vigueur à la date de la dernière des notifications par lesquelles les Parties contractantes se seront informées que les formalités juridiques internes requises pour son entrée en vigueur ont été accomplies.

2. Le présent Accord demeurera en vigueur pendant une durée indéfinie à moins que l'une des Parties contractantes ne notifie à l'autre par la voie diplomatique, moyennant préavis d'au moins six mois, son intention de le dénoncer.

Fait à Bonn le 15 mars 1995 en double exemplaire en langues allemande et espagnole,
les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne :

UEBERSCHAER WISSMANN

Pour le Gouvernement de la République du Chili :

NARCISO IRURETA